



Darmstadt, 24. Mai 2016

Noch Raum in der Herberge? Zur theologischen Vergewisserung und ethischen Orientierung angesichts von Flucht und Migration

Einleitung

Im Jahr 2015 kamen mehr als eine Million Menschen als Flüchtlinge in die Europäische Union. Viele von ihnen flohen aus Ländern, die in Bürgerkrieg und Terror versinken. Ihnen Unterstützung und Hilfe zukommen zu lassen, halten wir für unsere Pflicht als Christinnen und Christen.

In der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) engagieren sich nahezu flächendeckend Kirchengemeinden, Dekanate und die Einrichtungen der Diakonie in Kooperation mit vielen anderen für die Schutzsuchenden. Sie sorgen etwa in Erstaufnahme-Einrichtungen für Beratung und erste hilfreiche Kontakte und begleiten die Flüchtlinge dauerhaft dort, wo ihnen eine bleibende Unterkunft zugewiesen wurde. Die EKHN hat im Herbst 2015 einen Betrag von 20 Millionen Euro bereitgestellt, um solche Initiativen vor Ort zu unterstützen, um Mitarbeitende in Kindertagesstätten und anderen Arbeitsfeldern für diese besondere Aufgabe zu schulen und um Rechtsberatung oder Trauma-sensible Begleitung zu intensivieren.

Die evangelische Kirche beteiligt sich zudem an der politischen Debatte um Asylrecht, Einwanderung und Integration. Sie unterstützt die Regierung in dem Bestreben, an den Menschenrechten orientierte gesamteuropäische Lösungen zu finden. Sie versucht, immer wieder die globalen Perspektiven zur Sprache zu bringen. Dazu gehören Fragen der weltweiten Gerechtigkeit, des Klimawandels, der Rüstungsexporte, um nur einige zu nennen.

Mit Sorge beobachten wir, dass in manchen Teilen der Bevölkerung die anfängliche Herzlichkeit und Hilfsbereitschaft der Skepsis, Sorge und sogar Feindseligkeit weicht. Auch in den Kirchengemeinden, wo beileibe keine Aggression gegen Fremde herrscht und weiterhin viele Menschen ehrenamtlich mitarbeiten, wird die Frage diskutiert, wie die Integration der Geflüchteten sozial und politisch gelingen kann. Gefragt wird auch, wo die Grenzen der Aufnahmefähigkeit sind. An die Pfarrerinnen und Pfarrer wird zunehmend die Bitte um eine theologische Deutungs- und Argumentationshilfe herangetragen.

In diesem Kontext wollen wir den engagierten Ehren- und Hauptamtlichen in der EKHN hiermit einen Impuls zur evangelischen Orientierung an die Hand geben. Unsere Überlegungen setzen ein bei der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der Wahrnehmung der Thematik, die heute zumeist medial vermittelt wird. Sodann geben wir einen dezidiert theologischen Beitrag. Wir reflektieren primär auf dem Grund des christlichen Glaubens und begründen so die Orientierung für die evangelische Kirche. Eine weitere Überlegung beschäftigt sich mit der Frage, wie sich Christinnen und Christen als Bürgerinnen und Bürger politisch einbringen können.

1. Durch die vielen Menschen, die auf der Flucht vor Unterdrückung, vor Krieg und Terror, vor Hunger und Not sind, wird in Erinnerung gerufen, dass es ein Privileg ist, in Sicherheit und Frieden, in Wohlstand und Freiheit leben zu dürfen. Nicht immer ist bewusst, dass der Wohlstand der einen auch mit der Not der anderen zusammenhängt. Nun, da die Geflohenen in größerer Zahl in Europa ankommen, gibt es zwei Reaktionen: Zum einen eine große, durchaus reflektierte und selbstkritische Bereitschaft zu helfen. Zum anderen treten Konflikte auf zwischen denen, die hier ihre Heimat (gefunden) haben, und denen, die sie woanders verloren haben. Reicht der Wohlstand für alle? Sind unser Lebensstil, unsere Kultur oder unsere religiösen Überzeugungen gefährdet?
2. Flucht und Vertreibung sind in der Menschheitsgeschichte nichts Neues. Sie ist immer eine Geschichte von Migration und Beheimatung. Immer wieder mussten Menschen ihre Heimat verlassen und sich anderswo ein neues Leben aufbauen. Länder und Völker, die wir für „gegeben“ halten, sind selbst das Ergebnis jahrhundertelanger Zu- und Abwanderung. Die Vorstellungen von „unvermischten“ Völkern oder Kulturen sind eine Fiktion. Staaten oder Nationen sind das Ergebnis von vielfältigen Mischungen und Konflikten in der Menschheitsfamilie.

Zur theologischen Vergewisserung

3. In den biblischen Texten gibt es ein ausgeprägtes Bewusstsein (für die Existenz verschiedener Völker und) für die Dynamik von Migration und Beheimatung. Das Leben „jenseits von Eden“ ist ein Leben in Bewegung mit der nie ganz eingelösten Sehnsucht nach Heimat. Von Kain¹, der gezeichnet von Gott in eine offene Zukunft aufbrechen muss, über Abraham² bis hin zu Mose³ ist das Volk Gottes, ist Israel unterwegs. Und de facto waren die Zeiten, die das Volk tatsächlich in dem Land lebte, das Gott seinem Volk verheißen hatte, nicht von langer Dauer. Schließlich vollzieht Gott eine entscheidende Wende und geht – so bezeugen es auch die Rabbinen – sogar mit seinem Volk (als Migrant) ins Exil.⁴ Die Texte des Alten Testaments sind für das Leben im Exil, in der Diaspora zusammengefasst worden. Das Volk Gottes, Israel, nimmt seine Heimat in Gestalt der heiligen Schriften mit, und es trägt die Sehnsucht nach einem Leben im „gelobten Land“ im Herzen.⁵
4. Auch die Christengemeinde nimmt diesen Gedanken der Diaspora mit in ihre Geschichte und entwickelt ihn weiter. Denn derselbe Gott, der mit Israel ins Exil gegangen ist, ist in Jesus Christus Mensch geworden, und damit – so bezeugen es die Schriften des Neuen Testaments – in die Fremde gegangen.⁶ Focus ihrer Hoffnung sind das neue Leben in Christus und die Auferstehung. „Unsere Heimat aber ist im Himmel.“⁷ Wo immer Menschen den christlichen Glauben annehmen, wird das ihre Hoffnung. Ihr Leben ist von nun an eine Pilgerreise, in der sie der „missio Dei“, der Sendung Gottes nachspüren und Gott in die Fremde, ins Exil, in die Diaspora folgen. Sie sind Migrantinnen und Migranten um Christi willen, in dem sich Gott selbst in seine Schöpfung hinein entäußert hat.

¹ 1. Mose 4, 14

² Hebräer 11, 9

³ 5. Mose 26, 5

⁴ Hesekiel 11, 22-23

⁵ Psalm 137, 1-6

⁶ Philipper 2, 6-7; Johannes 1, 10-11

⁷ Hebräer 13,14; Philipper 3, 20; Epheser 2, 19

5. Daran werden wir heute als Kirche erinnert: Das Wort Kirche, im griechischen ‚ekklesia‘, wird aus dem griechischen Verb ‚ek-kaleo‘ gebildet. Es bedeutet ‚herausrufen‘. Christenmenschen sind also ‚herausgerufen‘ aus allen Festlegungen, die sich durch ihr Zuhause ergeben. Der Ort, an dem wir leben, der Staat, zu dem wir gehören, die ethnische Gruppe, zu der wir uns zählen – all das kann keine letzte Verbindlichkeit haben. Wir gehören – jetzt schon – zu Gottes neuer Welt, die allen Menschen verheißen ist. In dieser Heimat gibt es keine Heimatlosen – es gibt dort nur Schwestern und Brüder der einen Menschenfamilie in Christus.⁸
6. Getragen von dieser Hoffnung übernehmen Christinnen und Christen Verantwortung für ihre irdische Heimat und wollen das Beste für ihr Gemeinwesen. „Suchet der Stadt Bestes!“⁹ Diese Aufforderung des Propheten Jeremia an das Gottesvolk Israel im Exil hören wir heute als Aufforderung für uns neu: „Hört auf, euch nach den früheren Lebensverhältnissen zu sehnen, in denen eure Religion und eure Traditionen (und Vorstellungen) allein prägend waren. Nehmt die Situation, wie sie ist, aus Gottes Hand und erstrebt das Wohl für das Gemeinwesen. Begegnet deshalb jenen, die bei Euch Zuflucht suchen, mit Barmherzigkeit. Ermutigt Zuwandernde, mit allen, die hier schon Zuhause sind, das Beste für das Gemeinwesen zu suchen. Und stellt Euch auf die Seite derer, die sich in dieser Gesellschaft als Ausgeschlossene erleben.“
7. Wir sind deshalb dankbar für alle, die sich hierzulande so engagiert für Ausgeschlossene und Geflohene einsetzen. Sie erinnern uns daran, dass wir herausgerufen sind an die Ränder des Lebens. Hoffnung zeigt sich, wenn wir der ‚missio Dei‘ folgen und Gott in die Fremde, ins Exil, in die Diaspora folgen.¹⁰ Und es ist wunderbar zu erleben, dass so viele Menschen hierzulande dieser Dynamik des Evangeliums gerecht werden.

Zur ethischen und politischen Orientierung

8. Diese Haltung ist im Besonderen auch leitend für das Verhältnis zu Menschen aus anderen Religionen. Die Haltung, nach einem guten Miteinander zu streben, gilt gegenüber allen Menschen¹¹. Sich für das „Wohl“ aller Menschen einzusetzen bedeutet, allen Menschen eine freie Ausübung ihrer Religion zu ermöglichen, auch in ihren Herkunftsländern. Es bedeutet auch, Angehörigen anderer Religionen zu ermöglichen, in Deutschland ihren Glauben zu leben. Denn auch die christliche Gemeinde lebt von diesem Recht, öffentlich in Deutschland die Gesellschaft mitzugestalten.
9. Das Verständnis der weltweiten Kirche Jesu Christi als wanderndem Gottesvolk hat Christinnen und Christen zu allen Zeiten nicht davon abgehalten, in ihrer jeweiligen Umgebung ihren Glauben konkret im Alltag zu bezeugen.
10. Auf Grund der geschichtlichen Entwicklungen seit der Antike kam es zu Verbindungen des Christentums mit bestimmten gesellschaftlichen und politischen Strukturen. Dadurch hat sich bei uns über Jahrhunderte das Bild homogener christlich geprägter Gesellschaften geformt. Auch die evangelischen Kirchen sind durch das konfessionelle Zeitalter geprägt und tun sich schwer, religiös und kulturell plurale Lebensverhältnisse anzunehmen. Darin keine Infragestellung des Glaubens zu sehen, ist heute eine große Herausforderung für die evangelischen Gemeinden. Vom Grund des Glaubens her, also von dem „Heil“ her, das wir mit der Auferweckung Christi verbinden, wäre es dagegen aber

⁸ Galater 3, 26-28

⁹ Jeremia 29,7

¹⁰ Hebräer 13, 13a+14

¹¹ Römer 12, 18

nicht nur möglich, sondern sogar geboten, das „Fremdsein“ des Christentums neu zu erinnern: Jenseits von Eden sind wir alle Migrantinnen und Migranten. Und jede „Heimat“ ist nur ein Ort, an dem wir Gäste sind.

11. Dennoch: Die evangelischen Kirchen sind Teil des Gemeinwesens und suchen mit anderen das Beste für die jeweilige Gesellschaft. Sie identifizieren sich – auch aufgrund einer schmerzlichen deutschen Geschichte „aus Blindheit und Schuld zur Umkehr gerufen“¹² – mit den Errungenschaften einer Zivilisation, in der die Menschenrechte für alle gelten, in der die politische Macht öffentlich kritisiert wird und demokratische Machtkontrolle stattfindet, in der keine ethnische, soziale, geschlechtliche und religiöse Diskriminierung zulässig ist. Das Kriterium für diese Identifikation ist das „Wohl“ aller Erdenbürgerinnen und -bürger, ja sogar aller Kreatur dieser gesamten Ökosphäre, deren Teil wir sind.
12. Die Erde ist allen Menschen gleichermaßen der Ort ihrer „Migration“ jenseits von Eden und diesseits des Himmels. Aus dieser Perspektive gibt es ein Gastrecht aller Erdenbürger. Dieses Gastrecht enthält die Verpflichtung, im Rahmen des „Wohls“ der jeweiligen Gesellschaft auch für das „Wohl“ der Schutzsuchenden zu sorgen. Mehr noch, dies impliziert die Verpflichtung, für Lebensverhältnisse zu sorgen, bei denen allen Erdenbürgern – auch in ihren jeweiligen „Heimaten“ – ein hinreichendes Maß an „Wohl“ zukommt. Allerdings begründet diese Orientierung am „Wohl“ auch die moralische Legitimität und politische Notwendigkeit, im Unterschied zum unverbrüchlichen Asylrecht die Einwanderung politisch zu steuern.
13. Während Einwanderung politisch gesteuert werden darf und muss (darüber gibt es leider keinen politischen Konsens in Deutschland), gilt das für das Asylrecht nicht. Asyl kennt keine Obergrenze. Denn es ist ein Menschenrecht, Schutz vor (rassisch / ethnisch, sozial / politisch, religiös / weltanschaulich, geschlechtlich / sexuell bedingter) Verfolgung, Folter oder Bedrohung des Lebens zu erhalten. Gesteuerte Einwanderung und humanitäre Aufnahme müssen allerdings insofern zusammengedacht werden, als es darum geht, die Gesellschaft bewusst als Zuwanderungsgesellschaft zu gestalten. Dazu ist es nötig, die Integrationskraft der Gesellschaft nicht zu überfordern, so dass das „Wohl“ aller nicht gefährdet wird. Das bedarf der politischen Aushandlung und der konkreten Entscheidung.
 - a. Dafür reicht es aber bei den Einheimischen nicht, auf die eigenen Gefühle eines (kulturell codierten) Unwohlseins angesichts von Veränderungen hinzuweisen – und sich entsprechend zu organisieren (Stichwort: Pegida). Sie stehen vor der Herausforderung, andere an ihrem „Wohl“ (materielle und soziale Sicherheit; gleiche Rechte für alle; Beteiligung an Solidarsystemen usw.) teilhaben zu lassen.
 - b. Diejenigen, die Zuflucht suchen, stehen vor der Herausforderung, sich mit diesen Vorstellungen des „Wohls“ in ihrer neuen Heimat (Grundgesetz, Gleichberechtigung von Frauen und Männern usw.) zu identifizieren. Sie können sich ebenfalls nicht auf Gefühle des (kulturell codierten) Unwohlseins zurückziehen – und sich entsprechend organisieren (Stichwort: Parallelgesellschaft).
 - c. In einer Gesellschaft, die sich als Migrationsgesellschaft versteht, sind ausnahmslos alle in Integrationsprozesse involviert. „Neue“ und „Alte“ müssen Unterschiede respektieren, aushalten und Ungleichheit bekämpfen lernen mit dem Ziel eines selbstbestimmten und solidarischen Miteinanders und größtmöglicher Inklusion.

¹² Grundartikel der EKHN

14. Im besten Fall gelingt es im Raum der Bürgergesellschaft, die das Grundgesetz rechtlich sichern will, durch inter-kulturelle und inter-religiöse Prozesse einen erweiterten Begriff des gemeinsamen „Wohls“ zu entdecken, der alle Erdenbürgerinnen und -bürger sowie die Ökosphäre im Blick hat. Diese Prozesse werden sich auch konflikthaft vollziehen – wie alle Migrationsbewegungen in der Geschichte und wie die Durchsetzung unserer freiheitlichen Rechtskultur. Es wäre viel gewonnen, wenn wir diese Konflikte annehmen und so gestalten, dass sie das Gemeinwesen nicht gefährden. Die Kirche in all ihren Gestalten hat die Chance, sich als Anwältin solcher konflikthaften Prozesse zu verstehen und dafür vielfältige Räume zur Verfügung zu stellen.



EVANGELISCHE KIRCHE
IN HESSEN UND NASSAU

DIE KIRCHENLEITUNG
Paulusplatz 1 · 64285 Darmstadt